



N i e d e r s c h r i f t

Bildungsausschuss

19. Wahlperiode - 23. Sitzung

am Donnerstag, dem 21. März 2019, 14 Uhr,
im Sitzungszimmer 142 des Landtags

Anwesende Abgeordnete

Peer Knöfler (CDU)

Vorsitzender

Tim Brockmann (CDU)

Tobias Loose (CDU)

Anette Röttger (CDU)

Dr. Heiner Dunckel (SPD)

Martin Habersaat (SPD)

Kai Vogel (SPD)

Ines Strehlau (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Anita Klahn (FDP)

Dr. Frank Brodehl (AfD)

Jette Waldinger-Thiering (SSW)

Die Liste der **weiteren Anwesenden** befindet sich in der Sitzungsakte.

Tagesordnung:		Seite
1.	Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Schleswig-Holsteinischen Schulgesetzes	5
	Gesetzentwurf der Fraktion der AfD Drucksache 19/1107	
2.	Englische Übersetzung für Abschlusszeugnisse	6
	Antrag der Fraktion der SPD Umdruck 19/2028	
	Englische Übersetzung für Abschlusszeugnisse - Mustervorlagen für englischsprachige Abschlusszeugnisse prüfen	6
	Alternativantrag der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP Umdruck 19/2231	
3.	Serviceagentur „Ganztäglich Lernen“ in der jetzigen Form beibehalten	7
	Antrag der Fraktionen von CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und der Abgeordneten des SSW Umdruck 19/2226	
4.	a) Bericht über den Stand der Erarbeitung des neuen Gesamtkonzepts für die berufliche Orientierung an den Schulen in Schleswig-Holstein	8
	Bericht der Landesregierung Drucksache 19/1059	
	b) Stärkung der Berufs- und Studienorientierung	8
	Antrag der Fraktion der SPD und der Abgeordneten des SSW Drucksache 19/814 (neu) 2. Fassung	
5.	Dritter Bericht über die Entwicklung der Schülerkostensätze nach Neuordnung der Ersatzschulfinanzierung	9
	Bericht der Landesregierung Drucksache 19/1123	
6.	Bericht zur Umsetzung der Schulassistenz	10
	Bericht der Landesregierung Drucksache 19/1154	
7.	Verzögerungen bei der Auszahlung der Bezüge angestellter Lehrkräfte	12
	Berichts Antrag der Fraktion der SPD Umdruck 19/2217	

8.	Mindestvergütung für Auszubildende einführen	13
	Antrag der Fraktion der SPD Drucksache 19/1239	
9.	Fahrt- und Unterbringungskosten von Auszubildenden	14
	Antrag der Fraktion der SPD Umdruck 19/2147	
10. a)	Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Gesetzes über die Hochschulen und das Universitätsklinikum Schleswig-Holstein (Hochschulgesetz - HSG)	16
	Gesetzentwurf der Fraktion der AfD Drucksache 19/1290	
b)	Anhörung zum Thema Gesichtsschleier	16
	Antrag der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS90/DIE GRÜNEN und FDP Drucksache 19/1315	
11.	Verschiedenes	17

Der Vorsitzende, Abg. Knöfler, eröffnet die Sitzung um 14:05 Uhr und stellt die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest. Die Tagesordnung wird in der vorstehenden Fassung gebilligt.

1. Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Schleswig-Holsteinischen Schulgesetzes

Gesetzentwurf der Fraktion der AfD
[Drucksache 19/1107](#)

Mit den Stimmen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und SSW gegen die Stimme der AfD bei Enthaltung der SPD lehnt der Ausschuss den Antrag von Abg. Dr. Brodehl ab, zum AfD-Gesetzentwurf eine mündliche Anhörung durchzuführen.

Gegen die Stimme der AfD empfiehlt der Ausschuss dem Landtag, den Gesetzentwurf [Drucksache 19/1107](#) abzulehnen.

2. Englische Übersetzung für Abschlusszeugnisse

Antrag der Fraktion der SPD

[Umdruck 19/2028](#)

Englische Übersetzung für Abschlusszeugnisse - Mustervorlagen für englischsprachige Abschlusszeugnisse prüfen

Alternativantrag der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP

[Umdruck 19/2231](#)

Bei Enthaltung der AfD empfiehlt der Ausschuss dem Landtag im Wege des Selbstbefassungsrechts, den Antrag [Umdruck 19/2231](#) anzunehmen.

3. Serviceagentur „Ganztätig Lernen“ in der jetzigen Form beibehalten

Antrag der Fraktionen von CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und der Abgeordneten des SSW
[Umdruck 19/2226](#)

Bei Enthaltung der AfD empfiehlt der Ausschuss dem Landtag im Wege des Selbstbefassungsrechts, den Antrag [Umdruck 19/2226](#) anzunehmen.

4. a) Bericht über den Stand der Erarbeitung des neuen Gesamtkonzepts für die berufliche Orientierung an den Schulen in Schleswig-Holstein

Bericht der Landesregierung
[Drucksache 19/1059](#)

b) Stärkung der Berufs- und Studienorientierung

Antrag der Fraktion der SPD und der Abgeordneten des SSW
[Drucksache 19/814](#) (neu) 2. Fassung

Bildungsstaatssekretärin Dr. Stenke führt in den Bericht Drucksache 19/1059 ein. Auf Fragen aus dem Ausschuss antwortet sie, die Durchführung von Werkstattunterricht solle nicht an fehlenden Finanzmitteln scheitern. Der weitere Ausbau der Jugendberufsagenturen, zwischen denen ein regelmäßiger Austausch bestehe, sei ein wichtiges Element der Berufsorientierung. Um den datenschutzrechtlichen Problemen bei der rechtskreisübergreifenden Datenübermittlung zu begegnen, wolle man den Schulen eine mit dem ULD abgestimmte Mustervorlage zur Verfügung stellen. Die Berufsberater der Bundesagentur für Arbeit würden in bestehende Konzepte integriert und arbeiteten eng mit den Schulen zusammen.

Im Bereich Praktika bemühe man sich um eine Systematisierung der Angebote und wolle ein Onlineportal schaffen; die Optimierung der Ausgestaltung der Praktika sei ein Dauerthema im Arbeitskreis Schule/Wirtschaft. Die Zusammenarbeit zwischen Schulen und Produktionsschulen sei gut eingespielt.

Abschließend betont die Staatssekretärin die Bedeutung des Handlungskonzepts PLuS, dessen Evaluation sehr positiv ausgefallen sei und das man fortführen wolle. Deshalb habe man sich nicht an dem Bildungsketten-Programm des Bundes beteiligt; die Zusammenarbeit mit dem Bundesministerium für Bildung und Forschung sei gut.

Der Ausschuss nimmt den Bericht [Drucksache 19/1059](#) abschließend zur Kenntnis. Mit Zustimmung der Antragsteller empfiehlt der Bildungsausschuss dem Landtag einstimmig, den Antrag [Drucksache 19/814](#) (neu) 2. Fassung für erledigt zu erklären.

5. Dritter Bericht über die Entwicklung der Schülerkostensätze nach Neuordnung der Ersatzschulfinanzierung

Bericht der Landesregierung

[Drucksache 19/1123](#)

Staatssekretärin Dr. Stenke führt in den Bericht Drucksache 19/1123 ein.

Abg. Waldinger-Thiering lobt das System der Ersatzschulfinanzierung.

Der Ausschuss nimmt den Bericht [Drucksache 19/1123](#) abschließend zur Kenntnis.

6. Bericht zur Umsetzung der Schulassistenz

Bericht der Landesregierung

[Drucksache 19/1154](#)

Staatssekretärin Dr. Stenke führt in den Bericht Drucksache 19/1154 ein.

Abg. Röttger spricht die Punkte multiprofessionelle Teams an Schulen, Lübecker Poolmodell und Verzahnung von schulischem Vor- und Nachmittag an.

Abg. Habersaat fragt die Koalition nach der Zukunft der Schulassistenz und setzt sich dafür ein, auch die aufseiten der Kommunen eingerichteten Schulassistenzstellen zu entfristen.

Abg. Vogel fragt, inwieweit die Schulassistenz ausgeweitet und wie das erforderliche Personal rekrutiert werde. Die Schulassistentinnen und -assistenten sollten am besten direkt bei den Schulträgern angestellt sein.

Abg. Waldinger-Thiering fragt nach der Teilnahme am letzten Zertifikatskurs.

Abg. Dr. Brodehl macht darauf aufmerksam, dass Schulassistentinnen und -assistenten nicht die Aufgaben der Sonderschullehrkräfte übernehmen. Er fragt, welche Personen im Rahmen der Evaluation befragt würden.

Staatssekretärin Dr. Stenke antwortet, im Rahmen der Evaluation würden alle Statusgruppen befragt und der Fokus sowohl auf die finanzielle und organisatorische Ausgestaltung als auch auf die pädagogische Arbeit gelegt. Von den Ergebnissen der Evaluation hänge es ab, wie man das Thema schulische Assistenz weiter ausgestalte. Selbstverständlich sollten schulische Assistenzen Sonderschullehrkräfte nicht ersetzen; die Anstrengungen des Landes zur Erhöhung der Zahl der Sonderschullehrkräfte seien bekannt. Ein Wechsel der Anstellung von Schulassistenten vom Land zu den Schulträgern sei möglich, und einzelne Schulträger hätten von dieser Möglichkeit Gebrauch gemacht. Die Zertifikatskurse hätten auch Schulbegleiter genutzt; in den sozialen Berufen gebe es einen hohen Bedarf an Fachkräften. Am letzten Zertifikatskurs hätten 25 Schulassistentinnen und Schulassistenten teilgenommen.

Abg. Klahn äußert unter Hinweis auf Seite 19 des Berichts, sie warte die Ergebnisse der Evaluation ab und behalte sich vor, das beste Ergebnis im Sinne der Kinder und Jugendlichen voranzutreiben, und da sei sie komplett offen.

Abg. Loose weist auf den Koalitionsvertrag hin, in dem es heiße, dass die unterschiedlichen schulischen Unterstützungssysteme neu geordnet werden sollten.

Abg. Strehlau stellt klar, dass die Koalition die Schulassistenz nicht insgesamt infrage stelle, sondern die unterschiedlichen Unterstützungssysteme im Interesse eines effizienten Ressourceneinsatzes und im Interesse der Kinder und Jugendlichen weiterentwickeln wolle.

Der Ausschuss nimmt den Bericht [Drucksache 19/1154](#) abschließend zur Kenntnis.

7. Verzögerungen bei der Auszahlung der Bezüge angestellter Lehrkräfte

Berichts Antrag der Fraktion der SPD
[Umdruck 19/2217](#)

Finanzstaatssekretärin Dr. Schneider knüpft an ihren Bericht vom 13. September 2018 an und erläutert, dass die Ursachen für Verzögerungen bei der Auszahlung des Entgelts für angestellte Lehrkräfte in erster Linie nicht in der Einführung von KoPers, sondern im verspäteten Eingang der erforderlichen Anträge mit den Personaldaten (sogenannte AP-Vordrucke) im Dienstleistungszentrum Personal lägen. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im DLZP arbeiteten mit Hochdruck. Täglich gingen 200 neue AP-Vordrucke mit Neuverträgen oder Vertragsänderungen ein, der überwiegende Teil davon komme zu spät. 409 angestellte Lehrkräfte hätten ihr Gehalt nicht fristgerecht zum 28. Februar 2019 erhalten, weil die AP-Vordrucke nicht rechtzeitig vorgelegen hätten. Auch 238 verbeamtete Lehrkräfte hätten ihre Besoldung für den Monat Februar verspätet bekommen.

Die Staatssekretärin teilt mit, dass das System KoPers inzwischen zu 95 % stabil sei. Über Dienststellen oder Gewerkschaften identifizierte Härtefälle würden dem DLZP über eine extra E-Mail-Adresse zur vorrangigen Bearbeitung zugeleitet. Ab 1. April 2019 seien die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des DLZP wieder telefonisch direkt erreichbar.

Frau Ruck, Direktorin des Dienstleistungszentrums Personal, teilt mit, als Nächstes sollten die Dienststellen mit KoPers arbeiten (die Pilotierung laufe im Polizeibereich), und dann sollten auch die Beschäftigten des Landes bestimmte Vorgänge über elektronische Anträge anstoßen können. Bei Verbeamtungen bekämen die Beamten ihre Besoldung erst nach Vorlage der Urkunde und erhielten gegebenenfalls eine Abschlagszahlung.

Der Ausschuss nimmt den Bericht der Staatssekretärin zur Kenntnis.

8. Mindestvergütung für Auszubildende einführen

Antrag der Fraktion der SPD

[Drucksache 19/1239](#)

Frau Dr. Detering, stellvertretende Leiterin der Abteilung Arbeit und Berufliche Ausbildung im Wirtschaftsministerium, bekräftigt die ablehnende Haltung des Wirtschaftsministeriums. Eine Mindestausbildungsvergütung würde einen Eingriff in die Tarifautonomie darstellen und die Attraktivität der Berufsausbildung nicht unbedingt steigern, die in erster Linie von den Arbeitsbedingungen und dem Image der Berufe abhängt.

In dem auf Bundesebene in der Diskussion befindlichen Berufsbildungsmodernisierungsgesetz sei eine Mindestausbildungsvergütung in Anlehnung an die BAföG-Sätze vorgesehen. Die Einführung einer Mindestausbildungsvergütung würde insbesondere die kleinen und mittleren Unternehmen in Schleswig-Holstein treffen und möglicherweise zu einem Zurückfahren der Ausbildungsbereitschaft führen. Daher lehne das schleswig-holsteinische Wirtschaftsministerium eine Mindestausbildungsvergütung grundsätzlich ab.

Auf Vorschlag von Abg. Loose schließt sich der Bildungsausschuss einstimmig dem Votum des federführenden Wirtschaftsausschusses im Vorwege an.

9. Fahrt- und Unterbringungskosten von Auszubildenden

Antrag der Fraktion der SPD

[Umdruck 19/2147](#)

Herr Kraft, Abteilungsleiter im Bildungsministerium, berichtet, die Ausbildung in Splitterberufen, die man einer Liste der KMK entnehmen könne, erfolge zentral und länderübergreifend, was Fahrt- und Unterbringungskosten verursache. Die zentrale Beschulung diene der Sicherstellung einer qualitativ hochwertigen Ausbildung. Der Unterricht werde grundsätzlich in Blockform erteilt. Bei einer wöchentlichen Unterrichtszeit von 40 Unterrichtsstunden könnten in vier Wochen maximal 160 Stunden erteilt werden, sodass acht bis neun vierwöchige Blöcke in drei Jahren unterrichtet würden. Bei mindestens vier Übernachtungen pro Woche und einer wöchentlichen Heimfahrt fielen in drei Ausbildungsjahren bei acht Blöcken mindestens 128 Übernachtungen und 32 Fahrten vom Wohnort zur Schule und zurück an.

Während Schleswig-Holstein, Bremen, Berlin, Niedersachsen und Sachsen keine Fahrtkosten erstatteten, gewährten zehn Bundesländer unter bestimmten Voraussetzungen (Mindestentfernung zwischen 20 und 200 km, Übersteigen der Familienbelastungsgrenze, sozialer Härtefall, Einkommensobergrenze, Kilometerpauschale, Eigenanteile) eine Fahrtkostenerstattung.

Bremen, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen und Schleswig-Holstein zahlten keine Zuschüsse zu Unterbringung und Verpflegung. In zehn Bundesländern würden unter bestimmten Voraussetzungen Kosten erstattet (notwendige Unterbringung bei mehr als drei Stunden Fahrzeit mit öffentlichen Verkehrsmitteln, soziale Gründe). In Baden-Württemberg habe das Gericht einem Auszubildenden eine Kostenerstattung zuerkannt.

In Schleswig-Holstein habe ein Berufsschüler aus Plön, der zum Bootsbauer ausgebildet werde, am 24. April 2018 Klage gegen das Bildungsministerium auf Gleichbehandlung und Erstattung von Unterbringungskosten eingereicht; im Rahmen der Blockbeschulung seien ihm in zweieinhalb Jahren Unterbringungs- und Betreuungskosten von rund 1.000 € entstanden. Die Gerichtsentscheidung bleibe abzuwarten. In Baden-Württemberg habe der Gleichbehandlungsgrundsatz den Ausschlag für das Urteil gegeben.

Abg. Habersaat spricht sich dafür aus, auch schleswig-holsteinische Berufsschülerinnen und -schüler, die zentral in anderen Bundesländern beschult würden, aus Gründen der Gleichbehandlung finanziell zu unterstützen.

Auf weitere Fragen aus dem Ausschuss verweist Herr Kraft auf die Rahmenvereinbarung der Kultusministerkonferenz über die Bildung länderübergreifender Fachklassen für Schüler und Schülerinnen in anerkannten Ausbildungsberufen mit geringer Zahl Auszubildender (Anlage 1 und [Link](#)). Zur Erstattung von Kosten trafen die Bundesländer - wie geschildert - unterschiedliche Regelungen. Im Verzeichnis der Berufsschulstandorte in anderen Ländern für den Berufsschulunterricht schleswig-holsteinischer Auszubildender in anerkannten Ausbildungsberufen (Splitterberufe) seien derzeit 130 Ausbildungsberufe genannt. 2016 seien 1659 Schülerinnen und Schüler aus Schleswig-Holstein in anderen Bundesländern beschult worden, davon 884 Schülerinnen und Schüler in Hamburg und 302 in Niedersachsen. Nach dem baden-württembergischen Urteil sei von finanziellen Mehrbelastungen von 3.000 bis 4.000 € pro Auszubildendem auszugehen. Inwieweit Ausbildungsbetriebe Kosten übernehmen, könne er nicht sagen.

Abg. Waldinger-Thiering regt an, dieses Thema im Wirtschaftsausschuss weiter zu verfolgen.

Der Ausschuss nimmt den Bericht des Bildungsministeriums zur Kenntnis.

10. a) Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Gesetzes über die Hochschulen und das Universitätsklinikum Schleswig-Holstein (Hochschulgesetz - HSG)

Gesetzentwurf der Fraktion der AfD
[Drucksache 19/1290](#)

b) Anhörung zum Thema Gesichtsschleier

Antrag der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS90/DIE GRÜNEN und FDP
[Drucksache 19/1315](#)

Einstimmig beschließt der Bildungsausschuss, zu beiden Vorlagen - einschließlich dem bayrischen Gesetzentwurf über Verbote der Gesichtsverhüllung - bis zum 13. Juni 2019 schriftliche Stellungnahme einzuholen. Die Fraktionen werden gebeten, Anzuhörende bis zum 29. März 2019 zu benennen.

11. Verschiedenes

Der Bildungsausschuss bittet den Europaausschuss, ihn zu einer möglichen Sitzung über die Vorbereitung des Jubiläums zur Volksabstimmung zur Grenzziehung auf dänischer und deutscher Seite mit einzuladen.

Die Ausschussmitglieder billigen den Entwurf des Vorsitzenden für die Vorbereitungen der Informationsreise vom 8. bis 15. September 2019 nach Toronto.

Die nächste Sitzung des Bildungsausschusses findet am 25. April 2019 statt.

Der Vorsitzende, Abg. Knöfler, schließt die Sitzung um 16:10 Uhr.

gez. Peer Knöfler
Vorsitzender

gez. Ole Schmidt
Geschäfts- und Protokollführer